Das Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen setzt sich für mehr Entscheidungsspielräume der Länder und Regionen ein (Foto: European GMO-Free Regions Network)

Europäische Regionen fordern internationales Gentechnikregister

Veröffentlicht am: 07.09.2018

Damit keine gentechnisch veränderten Pflanzen oder Tiere unerkannt nach Europa importiert werden können, müssen diese eindeutig gekennzeichnet werden, fordert das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Das gelte besonders für Organismen, die mit Genome Editing verändert wurden, heißt es in einer Deklaration, die heute in Berlin beschlossen wurde. Denn diese Technologien werden außerhalb Europas vielerorts nicht als Gentechnik eingestuft.

Anders als die deutsche Agrarministerin bekennt sich das Netzwerk, in dem die Regionalregierungen aus 64 europäischen Regionen vertreten sind, klar zur jüngsten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). „Das ist für uns ein wichtiger Meilenstein, mit dem klargestellt wird, dass auch die mit den neuen Gentechnikverfahren erzeugten Lebens- und Fut-

termittel einer umfassenden Risikobewertung, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung unterliegen müssen“, sagte die hessische Umweltstaatssekretärin Beatrix Tappeser, seit 2017 Präsidentin des Netzwerks. Der EuGH hatte Technologien des Genome Editing wie CRISPR/Cas oder ODM, die Gene nur minimal verändern, im Juli rechtlich als Gentechnik eingestuft. Das bedeutet unter anderem, dass sie in Europa gekennzeichnet werden müssen.

Um sicherzustellen, dass solche gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auch außerhalb Europas erkennbar sind, fordert das europäische Netzwerk ein öffentliches internationales Register aller weltweit freigesetzten GVO. Das bestehende Register des Biosafety Clearinghouse aus dem Cartagena Protokoll für die biologische Sicherheit sei ein geeigneter Rahmen für diese Aufgabe, heißt es in der Erklärung.

„Größte Vorbehalte“ haben die Mitglieder des Netzwerks gegenüber sogenannten „Gene drives“. Hier werden die Gene etwa eines Insekts so manipuliert, dass die Veränderung sich in einer Art Vererbungsturbo in kürzester Zeit in einer ganzen Population ausbreitet. Die Regionalregierungen fordern „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Freisetzung von Gene drives in unsere Umwelt zu verhindern“. „Hier müssen Regelungen auch auf internationaler Ebene getroffen werden, da 'Gene drives' vor Ländergrenzen nicht Halt machen und die Auswirkungen auf Ökosysteme gravierend ausfallen können“, erläuterte Staatssekretärin Tappeser. Es sind also sowohl die Europäische Union als auch die internationale Staatengemeinschaft gefordert, ein Moratorium für Gene drives zu beschließen.

Schließlich sprechen sich die Regionalregierungen und internationalen Verbände, die bei der 9. Konferenz gentechnikfreier Regionen in Berlin ebenfalls anwesend waren, dafür aus, dass die genetische Vielfalt der Pflanzen und Tiere als eines der wertvollsten öffentlichen Güter der Menschheit erhalten und zugänglich bleibt. Dafür müsse der Staat verstärkt in landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung investieren und so dazu beitragen, die agrarpolitischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. [vef]

Links zu diesem Artikel

- Presseinfo Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Konferenz Gentechnikfreier Regionen in Berlin (7.9.2018)
- Deklaration der 9. Europäischen Konferenz Gentechnikfreier Regionen am 7.9.2018 in Berlin